

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

26. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.,
monatlich 20 Pf., ohne Bestellgeld

Köln, den 22. November 1930

Erscheint vierzehntägig Samstags
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 24

Das Gebot der Stunde

Gewerkschaftsarbeit in der Krise

Die Zeiten sind ernst. Die ganze Weltwirtschaft scheint aus den Fugen geraten. In allen Industriestaaten herrscht Arbeitslosigkeit, überall sucht man neue Wege. Erklärlich, daß in solch wirren Zeiten der Radikalismus Triumphe feiert. Nicht nur der politische, es gibt ja auch einen wirtschaftlichen Radikalismus! Sein Kennzeichen ist in jedem Falle: Katastrophenpolitik.

Was ist es anders, wenn das Arbeitgeberium in seiner Mehrzahl gegen die deutsche Sozialversicherung anrennt? Wenn es die Krise in der Wirtschaft durch radikale Lohnsenkung zu beheben sucht — und gleichzeitig den Preisabbau ablehnt oder nur ganz ungenügend folgen läßt? Ist es keine Katastrophenpolitik, wenn fortwährend neue, raffiniertere Rationalisierungsmaßnahmen immer noch mehr Menschen auf die Straße setzen, das Heer der Arbeitslosen dadurch weiter vermehrt wird? Wenn man gar glaubt, die Verlängerung der Arbeitszeit als Heilmittel empfehlen zu sollen?

Diese Katastrophenpolitik einer radikalsten Reaktion will alles auf dem Rücken der Arbeiterschaft austragen. Um dies Ziel zu erreichen, will sie zunächst die Gewerkschaften erledigen; sie in ihren finanziellen Grundlagen zerrütten.

Diese Gefahren sehen heißt: sich dagegen wehren!

Es war noch immer so. In Zeiten wirtschaftlicher oder politischer Krisen lag das Schwergewicht der sozialen Entwicklung, der Kampf um die Menschenrechte der Arbeiterschaft, doppelt bedeutsam auf den Gewerkschaften. Immer dann, wenn wirtschaftliche Not und politische Zerrissenheit unser Volk in seiner Existenz bedrohte, wenn die soziale Reaktion gegen den Aufstieg der Arbeiterschaft sich erhob, waren die gewerkschaftlichen Organisationen der eherne Turm, an dem die Anstürme zerbrachen.

Deutlicher als alles andere beweist diese Tatsache, wach bedeutsame Mission unsere Bewegung zu erfüllen hat. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte beweisen immer wieder: Die christlichen Gewerkschaften sind nicht zu entbehren!

Trotzdem lassen sich viele unserer Kolleginnen und Kollegen durch die lastende Not und Unsicherheit einschüchtern. Die Verworrenheit der politischen Lage mit ihrem Meinungsstreit und Phrasentum trägt bei dem einen oder anderen dazu bei, die Erkenntnis von der Notwendigkeit nächster Gewerkschaftspolitik zu untergraben — oder trügerische Hoffnungen auf „politische Wunder“ zu nähren. Die Unsicherheit der eigenen Existenz lähmt die Widerstandskraft gegen sozialen Rückschritt.

Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit die Pflicht, mehr denn je über die Festigkeit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Front zu wachen. Aufklärungs- und Werbearbeit in den Reihen der Fall- und Unorganisierten war noch nie so nötig, wie gerade jetzt. Es ist ein Irrtum, daß in Krisenzeiten weniger günstige Voraussetzungen für unsere Werbearbeit gegeben seien. Gerade dann, wenn die wirtschaftliche und soziale Not am stärksten auf ihn lastet, braucht der einzelne die Verbundenheit mit anderen doppelt. Gerade dann erhält die Gemeinschaft im Verbands für ihn erhöhte Bedeutung.

Not und Leid schmieden die Glieder einer Familie fester zusammen zu stärkerer innerer Verbundenheit. So muß es auch bei uns sein! Bringen wir den Unorganisierten zum Bewußtsein, wach große Gefahren uns allen drohen. Zeigen wir ihnen die Mittel, sich dagegen zu wehren! Bedenken wir in ihnen das nötige Verantwortungsbewußtsein für die eigene Existenz. Hämmern wir ihnen in die Köpfe, daß Wohl und Wehe der gesamten graphischen Arbeiterschaft auch ihr eigenes Schicksal umfaßt!

Jede Kollegin, jeder Kollege muß gerade jetzt ein unermüdlischer Werber sein. Der einzelne steht dem Ansturm der Reaktion wehrlos gegenüber. Die geschlossene Kraft der im Verbands zu einer Schicksalsgemeinschaft verbundenen Arbeiterschaft ist nicht zu überwinden. Darum muß Parole jedes Mitgliedes sein:

Setzt erst recht Gewerkschaftsarbeit!

Mehr Solidarität für Ausgesteuerte

Die fortgesetzte Steigerung der Arbeitslosen bringt es mit sich, daß auch die Zahl derjenigen Mitglieder wächst, welche bei der Organisation ausgestellt sind. Der Solidaritätsgedanke müßte es zuwege bringen, daß in allen größeren Ortsgruppen den ausgesetzten Arbeitslosen Sonderzuwendungen zuteil werden. Erfreulicherweise gibt es mehrere Verwaltungsstellen, die eine zusätzliche Arbeitslosenunterstützung und auch eine Sonderunterstützung für Ausgesteuerte gewähren. Unter solchen Voraussetzungen zahlen die Mitglieder auch gerne und unbeanstandet einen angemessenen Lokalbeitrag.

Wenn auch heute vielfach die Vertrauenspersonen einen geringeren Prozentanteil von dem Wert der verkauften Beitragsmarken von den Ortsverwaltungen aus Lokalbeitragszuschüssen rückvergütet bekommen und im übrigen auch sonstige Verwaltungskosten entstehen, so kann doch neben der Einrichtung von Kartell- und Bezirksbeiträgen noch die Möglichkeit zu Sonderunterstützungsleistungen geboten werden. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Funktionäre und Vorstandsmitglieder, soweit sie im Verdienst stehen, sich nicht für jede Amtstätigkeit bezahlen lassen.

In Zeiten günstiger Wirtschaftslage muß der Lokalassenbestand von Quartal zu Quartal gesteigert werden, damit bei dem Auftreten besonderer Arbeitslosigkeit außergewöhnliche Aufwendungen möglich sind, ohne den Kasienbestand zu erschüttern. Aber wenn die jeweiligen lokalen Einnahmen eines Quartals stets im großen und ganzen für Verwaltungszwecke aufgebraucht oder überschritten werden, dann kann von einer verantwortungsbewußten Kasienführung keine Rede sein. Unter solchen Voraussetzungen ist der Mitgliedereinpruch am Platze. Bei der Erhebung eines Lokalbeitrages von mehr als 30 Pf. in der Spitze muß die Möglichkeit geboten sein, in außergewöhnlichen Fällen auch lokale Unterstüßungen zeitweise durchzuführen zu können.

Gehen doch in der gegenwärtigen Zeit vielfach Mitglieder verloren, weil sie ausgeteuert sind und vermeintlich den Anerkennungsbetrag nicht mehr bezahlen können. Durch geringe lokale Unterstüßungen können diese nicht nur gehalten, sondern auch in bezug auf ihre Tarifreue überwacht werden. Wenn man sich die verzweigte Lage jener vergegenwärtigt, die bereits monatelang stempeln gehen und in ihrer Hoffnung auf Wiedereinstellung dadurch getäuscht werden, daß immer mehr Berufsangehörige auf die Straße kommen, dann ist es höchste Zeit zu überprüfen, wie den armen Menschen das Interesse für ihre Berufsorganisation wachgehalten werden kann. Voraussetzung für lokale Hilfe ist neben ipsamter Verwaltungstätigkeit die Erhebung eines angemessenen Lokalbeitrages.

Wird doch die eifrigste Werbetätigkeit keinen effektiven Nutzen bringen, wenn wegen Mangel an Mitteln in besonders trassen Fällen keine lokalen Unterstüßungen gewährt werden können und durch diesen Umstand mehr Mitglieder verlorengehen, als Zuwachs in Erscheinung tritt. Es wäre zu wünschen, daß alle Ortsgruppen, die über einen nennenswerten Mitgliederstand verfügen, Prüfungen darüber anstellen, wie die lokalen Einnahmen Verwendung finden. Dort, wo der Lokalbeitrag trotz spärlicher Wirtschaft nicht ausreicht, um die Verbindung mit den Ausgesetzten aufrecht zu erhalten, sollte man eine Lokalbeitragssteigerung bringend in Erwägung ziehen.

Eine allgemeine Beitragssteigerung in gegenwärtiger Zeit im Interesse der Ausgesetzten durchzuführen, dürfte auf größte Schwierigkeiten stoßen. Es ist aber

auch nicht möglich, von der Zentralkasse größere Unterstüßungsaufwendungen zu fordern, weil dieselbe durch die große Arbeitslosigkeit an und für sich übervollständig in Anspruch genommen wird. Im übrigen besteht jetzt besondere Veranlassung, die Zentralkasse zu schonen, denn der Hauptzweck für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß besteht in der Gewähr, die Verbesserung und Aufrechterhaltung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu garantieren. Sehen doch die Unternehmer und mit ihnen die Arbeitgeberverbände zur Behebung der Wirtschaft im Lohnabbau das einzige Ziel. Zur Abwehr unberechtigter Forderungen scharfmacherischer Arbeitgeberverbände sind aber neben guten Organisationsverhältnissen im Arbeiterlager gutgefüllte Hauptkassen erste Voraussetzung für den Erfolg.

Bei der Beschlußfassung über Sonderzuwendungen zugunsten der Ausgesetzten ist im besonderen darauf zu achten, daß die ausgeworfenen lokalen Zuwendungen auch auf längere Sicht möglich sind. Ist es doch besser, wenig zu geben, als plötzlich vor einem Nichts zu stehen. Da unsere zentralen Unterstüßungen für Arbeitslose, der Beitragsleistung gegenüber, als angemessen bezeichnet werden können, ist es angebracht, auch Betrachtungen darüber anzustellen, ob es nicht zweckmäßiger erscheint, lokale Zuschußunterstüßungen zu streichen und dafür Sonderzuwendungen für Ausgesteuerte einzuführen.

Wäre man doch allerorts Verständnis für die besondere Notlage der ausgesetzten Mitglieder an den Tag legen und durch größte Sparsamkeit in verwaltungstechnischer Hinsicht für leistungsfähige Lokalkassen besorgt sein.

Unser Eigenleben

Das unterste Merkmal unseres Eigenlebens ist die christlich-sittliche Idee. Diese Idee war Ursache und Zweck der Gründung christlicher Gewerkschaften. Sie ist Lebensinhalt und Lebenswahrheit unserer Bewegung. Sie ist und bleibt das Grundgesetz einer neuen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Ordnung. Von dieser Idee wissen wir, daß sie Gemeinbegriff und Kulturideal ganzer Menschengeschlechter war.

Unser Eigenleben steht im Zeichen dieser Idee. Dieses Eigenleben ist der Ausdruck unseres christlich-religiösen Selbstbewußtseins. In dieser Tatsache liegt der wesentlichste Scheidungsgrund, der uns von unserem gewerkschaftlichen Gegner trennt. Ein Eigenleben, wie das christliche, kennt keine Gesinnungsgemeinschaft mit irgendeiner anderen Geistesrichtung. Erst recht nicht mit der sozialistischen Weltanschauung. Bebel's Ausspruch: „Sozialismus und Christentum stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“ kennzeichnet ausdrücklich, daß es keine Gesinnungsannäherung gibt zwischen Sozialismus und Christentum. Für den Christen gibt es keinen sozialistischen Zielgedanken und für den Sozialisten gibt es kein christliches Kulturziel. Christlich-gewerkschaftliches Eigenleben ist keine Sonderbündel, sondern die logische Konsequenz des christlichen Sittengesetzes, der christlichen Überzeugung. Es bestimmt prinzipiell den Handlungs- und Ausgangspunkt unseres gewerkschaftlichen Willens. Die christlich-sittliche Idee, die dieses Eigenleben erfüllt, durchdringt und gestaltet, ist in ihrem Wesen der Inbegriff tiefster Wahrheit und Aufrichtigkeit. Diese Idee muß uns heilig sein.

Eine Stimme aus dem Lager der freien Gewerkschaften, Richard Timm, äußerte im Organ des A. D. G. B. „Gewerkschaftszeitung“: Der Unterschied zwischen christlicher und freier Gewerkschaftsrichtung liege in der Betonung des Religiösen bei den Christen. — Falsch! An einer Betonung des Religiösen liegt uns gar nichts, weil christliches Eigenleben die Verpflichtung auf die christlichen Gebote in sich schließt. Der vorstehend erwähnte Timm verfiel sich in seinem Artikel zu der Auffassung, im Lager der freien Gewerkschaften solle jeder Arbeiter Heimatrecht haben. Diese Auffassung denke man einmal logisch zu Ende und vergegenwärtige sich das Lager der freien Gewerkschaften, in dem Katholiken, Protestanten, Atheisten, Sozialisten und Kommunisten friedlich miteinander leben sollen! Wo bliebe die Würde des Arbeiterstandes in einem solchen Sammelbecken, wo

schon jetzt die Brüder in Karl Marx geschworene Todfeinde sind? Wenn Timm im gleichen Artikel schreibt, die Achtung vor dem religiösen Bekenntnis des anderen sei eine unbedingte Notwendigkeit, so bleibt doch die Tatsache offen, daß die freien Gewerkschaften bisher unserer christlichen Überzeugung keine Achtung zollten und daß sie auch gar nicht willens sind, ihre Mitglieder zur Achtung vor dem religiösen Bekenntnis des anderen zu erziehen. Der Zweck der Timmschen Ausführungen und die demagogische Absicht derselben wird erst dann offensichtlich, wenn man beachtet, daß der Artikel kurz vor der letzten Reichstagswahl erschien. Das Ergebnis dieser Reichstagswahl hat aber gezeigt, daß sich die christliche Arbeiterklasse mit solchen demagogischen Mitteln nicht beeinflussen läßt.

Wir registrieren den Artikel Timms als ein Zeichen innerlicher Unaufrichtigkeit eines gewerkschaftlichen Gegners. Um so mehr, weil die Überschrift „Neutralität und Loyalität in den Gewerkschaften“ wie ein geheimnisvoller Schleier das wahre sozialistische Antlitz der freien Gewerkschaften dem nichtsozialistischen Gewerkschaftler gegenüber verhüllen sollte.

Kronzeugen unseres Eigenlebens sind die alten Kämpfer der Bewegung und alle, die unter dem schädlichsten Terror ihrer freigewerkschaftlichen Arbeitskollegen dieses Eigenleben nicht verleugneten. Die Zahl derjenigen in unseren Reihen ist nicht groß, die nie dem Druck und den Anfeindungen des Gegners widerstehen mußten. Viele von uns, die meisten, haben um der Idee willen gekämpft und gelitten. Solche Naturen sind nicht von ungeschätzter Wert, sie sind hervorgegangen aus der Art christlicher Unerkennlichkeit, gerüstet mit einem unerschütterlichen Selbstbehauptungswillen. Ihr Glaube ist ihre stärkste seelische Triebkraft, ihre Treue unbeirrbar, ihr Charakter heldenmütig. Ihr Beispiel, vorbildlich und nachhaltig, kennzeichnet die Spur einer wahrhaft grundsätzlichen Lebenslinie. Diese Kämpfer sind sich bewußt, daß ihre Mission wert- und wirkungslos bleibt, wenn sie die Kirchenmauern als Grenzen ihres Betätigungsbereiches betrachten. In ihnen lebt der Geist, der nicht zuerst den frommen Beter im stillen Kämmerlein erfüllt, sondern der, von einer Unruhe getrieben, im Tagesstempel zur Verleibung der höchsten christlichen und sozialen Kulturinteressen auffordert.

Dieser Geist kennt keine Jaghaftigkeit und blöde Menschenfurcht. Angstgefühl vor dem Gesinnungsgegner ist Mangel an persönlicher Überzeugungsstärke. Nur in der Unsicherheit des eigenen Selbstbewusstseins verpürt der Mensch ein Anlehnungsbedürfnis an die große Masse. Sind das noch standesbewusste christliche Arbeiter, die in den freien Gewerkschaften stehen, die vor dem ersten besten Großmaul ihre Gesinnung verleugnen und vor einem spöttischen Wort seige zurückschrecken? Können diese Ansprüche erheben auf Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, solange sie ängstlich nach der Pfeife ihrer Gesinnungsgegner tanzen? Wo zeigt sich mehr Klugheit und Treue: bei unseren Kämpfern, die sich den Forderungen der Vernunft und des Gewissens unterordnen oder bei den Faltschorganisierten, die ihren Gebührens- bewegungen unterworfen sind? Der Faltschorganisierte gleicht einer Wetterfahne. Die Wetterfahne reagiert durch ihre Wendungen jeweils auf die vorhandenen Luftströmungen und der Faltschorganisierte reagiert mit seiner Gesinnung jeweils auf die Reaktionen seiner nächsten Umgebung. Von einer eigenen Willensbildung und von Gesinnungswürde kann bei den Faltschorganisierten wohl kaum die Rede sein. Oder gibt es noch Faltschorganisierte, die glauben, man könne die freien Gewerkschaften von der geistigen und materiellen Verbundenheit mit der Sozialdemokratie befreien? Es ist doch eine Torheit, aus lauter Menschenfurcht zum Nachläufer anders gerichteter Mitmenschen zu werden.

Im Eigenleben zeigt der christliche Gewerkschaftler seine Willensbefähigung und seinen Persönlichkeitswert. Die gesunde Art in der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitalter der totalen wirtschaftlichen und sozialen Umschichtungen zu erhalten, ist eine Aufgabe, die im Eigenleben einer christlichen Gewerkschaftsbewegung gesichert ist.

Köln.

Theodor Vinsen.

So wirkt sich der Preisabbau aus

Von Dr. Werner Deiters, Berlin.

Die Reichsregierung hat bei der Durchführung ihrer Preisentlastungsaktion (soeben einen gewissen Erfolg erzielt). Die Bäcker haben für Roggenbrot einen Preisabbau von 8 v. H. zugelassen, Schweinefleisch und Milch sollen 5 bzw. 3 v. H. billiger werden. Allerdings konnten die verschiedenen Verbände nur versprechen, daß sie ihre Mitglieder zu einer Befolgung der Vereinbarungen mit der Reichsregierung „auffordern“ würden, und zwar betrifft die Vereinbarung im Milchhandel nur „eine Reihe“ von Milchhändlern- und -produzentenverbänden, aber man darf wohl annehmen, daß die Abmachungen durchgeführt werden, da gerade in letzter Zeit die öffentliche Meinung erhebliches Interesse an einer Senkung der Preise auf den genannten Gebieten nimmt.

So weit der Erfolg. Was bedeutet aber nun diese Aktion im Hinblick auf den Lohnabbau und im Hinblick auf eine Erhaltung, ja Verstärkung der realen Kaufkraft

der Arbeitnehmer? Eine Antwort auf diese Frage geben die Haushaltsrechnungen von Arbeitnehmern. Zuletzt sind solche Haushaltsrechnungen in der Zeit vom März 1927 bis zum Februar 1928 geführt und in der Folgezeit vom Statistischen Reichsamt bearbeitet worden. Leider fehlen Haushaltsrechnungen, die für die Lebenshaltung der großen Masse schlecht bezahlter Arbeitnehmer, also z. B. für die Lebenshaltung der Welt von einem 8-prozentigen Lohnabbau betroffenen Berliner Metallarbeiter typisch sind. Wir wählen, um uns eine Vorstellung von der vorliegenden Preisentlastung zu machen, Haushalte aus, die im Durchschnitt über ein Jahreseinkommen von 2 500 bis 3 000 RM. verfügen. Das statistische Reichsamt hat hier 255 Familien mit einer durchschnittlichen Kopfgabe von 3,9 Personen erfaßt. Die Durchschnittsausgaben dieser Haushaltungen betragen 2 750 RM. Davon entfallen rund 32 v. H. auf Miete, Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Versicherungen und Verbandsbeiträge, Steuern, Gebühren und Verkehrsausgaben. Diese 32 v. H. kommen für eine Preisentlastung viel weniger in Frage als die weiteren 68 v. H., die sich auf Lebensmittel und Genussmittel (47,3 v. H.), Bekleidung und Wäsche (11,6 v. H.) und auf Sonstiges (9,2 v. H.) verteilen. Wenn z. B. eine Ausgabenentlastung eintreten soll, die einem 8-prozentigen Lohnabbau entspricht, müssen die Preise der letztgenannten Güter um mehr als 8 v. H. sinken.

Die hier näher betrachteten Haushaltungen verbrauchten jährlich 428 Liter Milch, 234 kg Schweinefleisch und 262,9 kg Roggen-, Graubrot, Milch- und Schwarzbrot. Nach Durchführung der geplanten Preisentlastung verringern sich die jährlichen Ausgaben für Milch um 4,28 RM., für Schweinefleisch um 2,34 RM. und für Roggenbrot um 8,40 RM., d. h. insgesamt um 15 RM. Wenn man nun berücksichtigt, daß die Familien für ihren Verbrauch an Milch, Schweinefleisch und Roggenbrot insgesamt rund 300 RM. jährlich aufwenden, so bedeutet das eine Ersparnis von 5 v. H. Wo noch nicht einmal für die Ausgabensumme der drei lebenswichtigen Güter wird der Satz von 8 v. H. erreicht. Wir sagten aber schon weiter oben, daß selbst eine 8-prozentige Preisentlastung nicht ausreichen würde, um die reale Kaufkraft bei einem 8-prozentigen Lohnabbau zu erhalten.

Auf das Gesamteinkommen bezogen beträchtet die Preisentlastung für Milch, Schweinefleisch und Brot eine Kaufkraftsteigerung von etwas mehr als 1/2 v. H. Bei den vielen Arbeitnehmerhaushaltungen, die über geringere Einkommen als die hier betrachteten Haushalte verfügen, mag die Ersparnis ein klein wenig größer sein, da die Ausgaben für Milch, Schweinefleisch und Brot für diese gering bemittelten Haushaltungen im Gesamtbudget verhältnismäßig wichtiger sind. Auch wird, wenn diese Preisentlastung durchgeführt ist, zu einem gewissen Teil eine Bedarfsüberdeckung zu den verbilligten Waren einsehen. Trotzdem zeigt aber unsere Berechnung, wie gering erst die Auswirkung einer Preisherabsetzung in dem gedachten Ausmaße ist.

Die Einsichtnahme in die tatsächliche Haushaltsführung der Arbeitnehmer lehrt also folgendes: Der Preisabbau muß noch erheblich schärfer einsehen, wenn die reale Kaufkraft erhalten werden soll. Die Ausgaben für Wohnung, Verkehr, Versicherungen, Steuern, Heizung, Beleuchtung usw., zusammen ungefähr 32 v. H., sind im wesentlichen unveränderlich; eine wirklich fühlbare Entlastung kann nur bei den Nahrungsmitteln und bei der Bekleidung und zu einem Teil auch bei den kulturellen Ausgaben einsehen. Allein diese Güter müssen weit mehr als 8 v. H. im Preise gesenkt werden, wenn eine 8-prozentige Lohnentlastung keine Einschränkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer bedeuten soll. Unsere Betrachtung zeigt somit deutlich, wie verhängnisvoll es wäre, wenn der Scheinanspruch in der Berliner Metallindustrie etwa Schule machen sollte. Alle Stellen, die künftig in diesen Fragen zu entscheiden haben, mögen zunächst einmal die Haushaltsrechnungen des statistischen Reichsamtes zu Rate ziehen, sie werden sich dann selbst ein Urteil bilden können, ob Lohnsenkungen vom Ausmaß derjenigen in der Berliner Metallindustrie ohne Verringerung der Kaufkraft möglich sind. So sehr der neue Erfolg der Reichsregierung bei ihren Preisabbaubestrebungen zu begrüßen ist, so bleibt doch viel zu tun, um durch Ausschaltungen unwirtschaftlicher Preisbildungen wenigstens die allergeringsten Rückwirkungen für die Lebenshaltung der breiten Massen zu verhindern.

Erzeugerpreise - Kleinhandelspreise

Die vom Statistischen Reichsamt gerade herausgekommenen Übersicht über die Großhandelspreise im Monat Oktober dieses Jahres (Wirtschaft und Statistik Heft 20) zeigt, daß das Preisniveau im Großhandel gegenüber Anfang Oktober 1929 um 12,6% gesunken ist. Die Statistik zeigt ferner, daß die Erzeugerpreise der Agrarprodukte vom Preisrückgang scharfer betroffen sind, als die industriellen Erzeugnisse. Das festzustellen, ist angelegentlich der immer noch viel zu hohen Lebensmittelpreise im Kleinhandel eine nicht zu unterschätzende Aufgabe.

Die einzelnen Hauptwarengruppen zeigen im Großhandel folgende Rückgänge:	
Agrarstoffe	18,0 v. H.
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	12,3 " "
Industrielle Fertigwaren:	
Produktionsmittel	1,6 " "
Konsumgüter	8,4 " "

Der Erzeugerpreis zeigt bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in der Zeit vom Anfang Oktober 1929 bis Anfang Oktober 1930 folgende Rückgänge:

Roggen	18 v. H.
Hafer	11 " "
Kartoffeln	39 " "
Kartoffelmehl	21 " "
Speisebohnen	27 " "
Schweine	36 " "
Käber	10 " "
Milch (Trinkmilch)	14 " "
Butter	32 " "
Käse, Magerkäse	12 " "
Speck	25 " "
Eier	12 " "
Roggenkleie	35 " "
Weizenkleie	37 " "
Kartoffelflocken	15 " "
Trockenschmelze	46 " "

Demgegenüber vergleiche man einmal in den einzelnen Orten die Rückgänge der Kleinhandelspreise in derselben Zeit und man wird finden, daß diese nicht im entferntesten dem Rückgang der Erzeugerpreise entsprechen. Zu den vorstehenden Ziffern bemerkt der Deutsche Landwirtschaftsrat mit Recht, daß auch dies ein erneuter Beweis für die schlechte Organisation des Verteilungsapparates ist. Er verlangt daher, daß gegen diese unberechtigten Handelspressen, besonders bei den täglichen, notwendigen Nahrungsmitteln, endlich Maßnahmen ergriffen werden.

Die Reichsregierung sollte über die Länderregierungen, insbesondere auch auf die Verwaltungen der Kommunen, einen Druck dahin ausüben, daß diese die öffentliche Meinung durch geeignete Maßnahmen gegen die ungerechtfertigten Handelspressen zu Hilfe nehmen. Die örtlichen Nachprüfungen der Handelspressen bei den Hauptnahrungsmitteln Brot, Mehl, Fleisch, Milch, Eier, Butter, Käse und Kartoffeln würden geradezu groteske Handelsauffälligkeiten bloßlegen. In letzter Zeit ist besonders auch die Handelspanne zwischen Brot und Mehl in den meisten Orten wieder völlig unerträglich geworden. Beispielsweise nehmen in Berlin die großen Brotfabriken für ein kleines Weizenbrot von 1/4 kg 25 Pf. Die Konsumvereine in Berlin nehmen für 1 kg Weizenbrot dagegen 39 Pf. Das Weizenmehl kostete am 3. November an der Berliner Produktionsbörse in bester Qualität 36,5 Pf. pro kg. Das 3-Pfund-Roggenbrot kostet 60 Pf. und mehr. Das beste Roggenmehl wurde an demselben Tage mit 26,5 Pf. pro kg an der Berliner Produktionsbörse gehandelt. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß von 2 Pfund Mehl in der Regel 3 Pfund Brot gebaden werden. Und erst die Preise für Weizenkleingebäck, da sind die Aufschläge noch viel höher! Auch Eier, Milch, Fleischwaren und Kartoffeln sind im Kleinverkauf viel zu teuer. Für Eier erhält der Landwirt 7 bis 10 Pf., der Kleinhandel dagegen nimmt für frische Eier bis zu 22 Pf. pro Stück. Für Milch erhält die Landwirtschaft um Berlin herum 17 Pf. pro Liter, verkauft wird sie mit 30 Pf. Auf den Bahnhöfen wird sogar für 1/4 Liter Milch 20 und 30 Pf. gefordert. Für Fleischwaren, z. B. für Schinken und Dauerwürst, werden trotz niedrigster Erzeugerpreise noch immer 2,40 bis 3,20 RM. genommen. Für Kartoffeln, für die der Landwirt 0,70 bis 1 RM. pro Zentner erhält, muß der Verbraucher 3,— bis 4,50 RM. bezahlen! Man sollte es kaum für möglich halten, mit welchen exorbitanten Nutzenpannen der Lebensmittelhandel, insbesondere das Bäckerei- und Metzgereigewerbe, in einer Notzeit arbeitet, wo doch die Löhne radikal abgebaut sind und die Gehälter ebenfalls ermäßigt werden. Dieser unerträglichen Preisgebarung bei den notwendigsten Lebensmitteln müssen die Berufs- und Verbraucherorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch ihre örtlichen Gliederungen viel stärker als bisher durch Nachprüfungen, Rundgebungen und vor allem durch genossenschaftliche Selbsthilfe entgegenzutreten und die Maßnahmen der Regierung unterstützen.

F. Baltrusch.

Allgemeine Rundschau

Reichsverband christlicher Hausgehilfen Deutschlands. Der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angegliederte Hausgehilfenverband hielt in den Tagen des 19. und 20. Oktobers seine erste Reichstagsung ab. In der Hauswirtschaft sind 1,3 Millionen Frauen als Hausgehilfen tätig. Auch im Zeitalter der Maschinen, Technik und Rationalisierung bleibt die Hauswirtschaft ein wichtiger Frauenberuf. Die Erkenntnis beginnt zu wachsen, daß die Hauswirtschaft im Wirtschaftsleben überhaupt eine größere Beachtung verdient. Die Bestrebungen, allen schulfenlosen Mädchen eine hauswirtschaftliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, finden immer mehr